

| Schulversäumnisse



Impressum

Herausgeberin:

Landeshauptstadt München
Sozialreferat
Stadtjugendamt
Abteilung KJF
Prielmayerstraße 1
80335 München

Redaktion: Hartmut Kick,
jugendsozialarbeit.soz@muenchen.de

Kooperationspartner:

Landeshauptstadt München mit den Referaten:
Schul- und Kultusreferat
Referat für Gesundheit und Umwelt
Sozialreferat

Staatliches Schulamt in der Landeshauptstadt München
Regierung von Oberbayern

Gestaltung:

Projektil Werbeagentur
Raidinger Straße 3
81377 München
www.projektil.com

Inhaltsverzeichnis

Seite

- 04** Vorwort
- 07** Vereinbarung zum Thema Schulversäumnisse
- 17** Regionale Zuständigkeiten der Sozialbürgerhäuser
- 21** Informationen zu gewichtigen Anhaltspunkten bei Kindeswohlgefährdung
- 27** Informationen zu Auffälligkeiten die auf eine Erkrankung von Kinder und Jugendlichen hinweisen können
- 31** Zusammenarbeit des Polizeipräsidiums München mit Schulen
- 33** Projekt 2. Chance

Vorwort

Die Landeshauptstadt München verfügt über gut ausgebaute und differenzierte Angebote in der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen und deren Familien, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe.

Diese Leistungsangebote werden jedoch durch unterschiedliche Institutionen erbracht, die teilweise in der Verantwortung verschiedener städtischer Referate und teilweise in staatlicher Verantwortung handeln.

Vorfälle in der letzten Zeit haben deutlich gemacht, dass die Schnittstellen zwischen diesen verschiedenen Systemen nicht immer optimal geregelt sind. Auch beim Thema Schulversäumnisse ist dies deutlich geworden. Wissenschaftliche Untersuchungen weisen auf einen deutlichen Zusammenhang zwischen Schulversäumnissen und delinquentem Verhalten hin, so dass gerade hier gemeinsames Handeln erforderlich ist.

Die geforderte systematische Kooperation der verschiedenen Dienststellen stellt allerdings eine Herausforderung dar: Unterschiedliche gesetzliche Aufträge, Organisationsysteme, Begrifflichkeiten und eine unterschiedliche Handlungslogik müssen miteinander in Einklang gebracht werden, es müssen Regelungen gefunden werden, die mit den Vorgaben aller Systeme übereinstimmen.

Mit der vorliegenden Vereinbarung zum Thema Schulversäumnisse ist dies gelungen:

Verschiedene Ämter des Sozialreferates, das staatliche Schulamt, das Schul- und Kultusreferat, aber auch der schulärztliche Dienst und die Polizei haben ein verbindliches System der Zusammenarbeit gefunden.

Ich denke, dieses klar festgelegte Vorgehen hat auch einen Vorbildcharakter, wie bei anderen Themen im Interesse der Kinder und Jugendlichen eine enge Kooperation von Schule, Jugendhilfe und Gesundheitsdiensten erfolgen kann.

Allerdings ist es bei allen Vereinbarungen wichtig und notwendig, dass die Kooperation auch in der Praxis gelebt wird, wofür ich bei allen in diesem Bereich Tätigen eindringlich werbe.

Mein Dank gilt allen beteiligten Institutionen für ihre Geduld und Kompromissbereitschaft beim Erstellen der Vereinbarung. Dem Stadtjugendamt danke ich für die Übernahme der Federführung bei diesem Thema.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'F. Graffe'. The signature is stylized with a long horizontal stroke at the top and a small 'r' at the end.

Friedrich Graffe

| Vereinbarung zur
Zusammenarbeit von
Schule, Jugendhilfe
und Schulärztinnen
beim Thema Schul-
versäumnisse

Ausgangslage

Ziel dieser Vereinbarung ist es Empfehlungen vorzustellen, wie Jugendhilfe, Schulen und Gesundheitsdienst bei Schulversäumnissen sinnvoll und gut zusammen arbeiten können.

Es gibt unterschiedliche Formen schulvermeidenden Verhaltens. Dazu gehören die Schulangst, die Schulphobie, das Schulschwänzen, das Fernhalten von der Schule und die Schulvermeidung bei Psychosen. Jede dieser Formen hat unterschiedliche ursächliche Zusammenhänge und dadurch sind auch die Umgangsweisen den verschiedenen Formen anzupassen. Ein Einbezug folgender Personen und Institutionen ist im Einzelfall abzuwägen:

Schulleitung und Lehrkräfte, der Schüler oder die Schülerin, die Eltern, der schulpsychologische Dienst, der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) mit den Schulärztinnen, behandelnde Ärztinnen und Ärzte, Therapeutinnen und Therapeuten, die Schulsozialarbeit, die Bezirkssozialarbeit (BSA), das Kreisverwaltungsreferat, die Jugendbeamten der Polizei und eventuell das Familiengericht.

Gesetzliche Grundlagen

Schule und Jugendhilfe sind gemäß Art. 31 Bayerisches Gesetz über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (BayEUG) und § 81 Sozialgesetzbuch (SGB) - Aches Buch (VIII) - Kinder- und Jugendhilfe, grundsätzlich zur Zusammenarbeit und Kooperation aufgefordert. Diese Zusammenarbeit ist besonders dann erforderlich, wenn es um die Unterstützung von Schülern und Schülerinnen geht, insbesondere wenn eine Gefährdung vorliegen könnte.

Nach der zum 16.05.08 in Kraft getretenen Änderung des Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetzes (GDVG), in das der Art. 14 - Schutz der Gesundheit von Kindern und Jugendlichen, eingefügt wurde, wird in Abs. 3 - 6 die Zusammenarbeit der Gesundheitsbehörden mit Jugendhilfe und Schulen festgelegt.

Die Jugendhilfe bietet neben den erzieherischen Hilfen (§ 27 - § 35 SGB VIII) viele niederschwellige Hilfen in der Kooperation mit Schulen an, diese sind im § 11 und §13 SGB VIII beschrieben. Sie sind ein wichtiger Bestandteil für die Kooperation von Jugendhilfe und Schule.

Artikel 118 BayEUG, der den sog. Schulzwang regelt, ermöglicht es den Schulen auch, Schulpflichtige zu einer Untersuchung durch den ÖGD zu verpflichten.

Schulpflichtverletzungen stellen darüber hinaus Ordnungswidrigkeiten dar, die nach Artikel 119 BayEUG mit Bußgeldern geahndet werden können.

§ 36 Schulordnung für die Grund- und Hauptschulen (Volksschulen) in Bayern (Volksschulordnung – VSO), bzw. § 42 Schulordnung für die Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung (Volksschulordnung – F, VSO-F) regeln, wie beim Fehlen einer Schülerin oder eines Schülers zu verfahren ist und wann die Schule ein ärztliches oder schulärztliches Zeugnis einfordern kann.

Basierend auf diesen rechtlichen Grundlagen bedarf es bei Schulversäumnissen einer guten Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Schule.

Im Folgenden ist der empfohlene Umgang mit Schülerinnen und Schülern bei Schulversäumnissen mit den verschiedenen Eskalationsstufen dargestellt:

Grundsätzlich gilt in allen Fällen: Die Verantwortung für die Überwachung der Schulpflicht obliegt der Schulleitung. (Vgl. Art. 57 BayEUG)

1. Schulversäumnisse treten das erste Mal oder sehr selten auf

Abzuklärende Indikatoren:

- vereinzelt, insbesondere unentschuldigtes Fehlen (pro Schulhalbjahr weniger als fünf Tage)
- keine besondere familiäre Problemlage erkennbar
- kein Hinweis auf zugrunde liegende Erkrankungen
- kein Hinweis auf Leistungsabfall
- kein Hinweis auf Verhaltensänderung

Aufgaben und Ziele:

Gespräch mit Schülerin/Schüler; Gespräch mit Eltern; Gespräch im Lehrerkollegium.

Die Schule kümmert sich eigenständig um die Schülerinnen und Schüler. Wenn es sich um schulinterne Probleme handelt, regelt diese die Schule. Sie hat hierzu einen im BayEUG und der VSO bzw. der VSO-F festgeschriebenen Maßnahmenkatalog zur Ahndung. Weitere Schulversäumnisse sollen hierdurch frühzeitig verhindert werden.

2. Schulversäumnisse treten öfter auf

Abzuklärende Indikatoren:

- regelmäßiges, d.h. über einen längeren Zeitraum, insbesondere unentschuldigtes Fehlen (im Monat ca. 2 Tage oder mehr)
- Verdacht, dass Entschuldigungen nicht glaubhaft sind
- ärztliche Zeugnisse mit unklaren Diagnosen
- Hinweis auf zugrunde liegende Erkrankung
- Hinweis auf Leistungsabfall
- Hinweis auf Verhaltensänderung
- Hinweise, dass es möglicherweise inner- und oder außerfamiliäre Probleme bei dem Kind bzw. Jugendlichen gibt

Aufgaben und Ziele:

Die Schule beruft grundsätzlich Gespräche mit den betroffenen Schülerinnen und Schülern und den Eltern ein. Es werden, wenn vorhanden, die Schulsozialarbeit, der schulpsychologische Dienst und der schulärztliche Dienst eingeschaltet.

Die beteiligten Kooperationspartner besprechen, wie dem Schüler oder der Schülerin geholfen werden kann und klären, inwieweit weitere Hilfsangebote unterbreitet und/oder die Bezirkssozialarbeit mit eingeschaltet werden müssen. Dabei werden die Aufgaben klar verteilt, die Federführung für die Überwachung der Schulpflicht liegt bei der Schule, die Verantwortung für die Belange der Jugendhilfe¹ hat, wenn die Bezirkssozialarbeit nicht eingeschaltet wird, die Schulsozialarbeit. Gesetzliche Grundlage für die Informationsweitergabe, falls es kein Einverständnis der Eltern gibt, ist Art. 31 BayEUG.

Wenn es keine Schulsozialarbeit an der Schule gibt, agiert die Schule selbstständig unter Einbeziehung der anderen Kooperationspartner; insbesondere soll eine Zusammenarbeit mit der BSA erfolgen.

Nach § 36 Abs. 2 Satz 2 VSO bzw. § 42 VSO-F wird empfohlen, die Vorlage eines schulärztlichen Zeugnisses zu verlangen.

Ziel ist, dass die zugrunde liegenden Probleme/Erkrankungen rechtzeitig erkannt werden. Die Maßnahmen sollen Schulversäumnissen entgegenwirken und einen regelmäßigen Schulbesuch wieder sicherstellen. Die Jugendhilfe wird gezielt als Hilfsangebot eingesetzt.

3. Schulschwänzen bzw. Schulversäumnisse kommen oft und regelmäßig vor

Abzuklärende Indikatoren:

- häufiges, insbesondere unentschuldigtes Fehlen, ab vier Tage im Monat
- Entschuldigungen liegen nur teilweise vor oder lassen vermuten, dass manipuliert wurde
- die Schülerin beziehungsweise der Schüler ist auch sonst auffällig im Verhalten, sei es durch Aggressivität oder Überangepasstheit
- Eltern sind nur schlecht für die Schule zu erreichen
- nicht nachvollziehbare ärztliche Atteste
- Hinweis auf zugrunde liegende Erkrankung
- Hinweis auf Leistungsabfall
- Hinweise, dass es möglicherweise inner- und oder außerfamiliäre Probleme bei dem Kind bzw. Jugendlichen gibt
- gewichtige Anhaltspunkte für einen Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohles²

Aufgaben und Ziele:

Wenn mehrere der obengenannten Indikatoren eingetreten sind, sollte der schulärztliche Dienst, sowie das zuständige Sozialbürgerhaus (Bezirkssozialarbeit³) eingeschaltet werden. Bei einem Verdacht auf Gefährdung des Kindeswohles ist die Einschaltung der Bezirkssozialarbeit unbedingt notwendig⁴. Falls die Schule unsicher ist, ob hinreichende Verdachtsmomente für eine Gefährdung des Kindeswohles bestehen, kann eine anony-

¹ die Schulsozialarbeit kann selbstständig Hilfen zur Unterstützung einleiten oder durchführen wie z.B. eine sozialpädagogische Lernhilfe oder ein sozialpädagogisches Gruppenangebot.

² Eine wesentliche Gefährdungsursache des Kindeswohles ist die Vernachlässigung. Nach Heinz Kindler gibt es folgende Arten von Vernachlässigung: So wird in der Regel körperliche Vernachlässigung ebenso als Unterform betrachtet wie kognitive und erzieherische Vernachlässigung (z. B. fehlende erzieherische Einflussnahme auf einen unregelmäßigen Schulbesuch, Delinquenz, fehlende Beachtung eines besonderen Erziehungs- oder Förderbedarfs), sowie emotionale Vernachlässigung und unzureichende Beaufsichtigung.

³ Die Bezirkssozialarbeit in den Sozialbürgerhäusern ist nach Sozialregionen und Straßenzuständigkeiten regionalisiert s. Anlage. Die Bezirkssozialarbeit der Abteilung zentrale Wohnungslosenhilfe (ZEW) ist für akut wohnungslose Haushalte in Pensionen, Notquartieren und Clearinghäusern zuständig.

⁴ Wenn Schulsozialarbeit an der Schule ist, sollte die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit wie unter Punkt 2 beschrieben erfolgt sein. Die Schulsozialarbeit kann sich von der insoweit erfahrenen Fachkraft beraten lassen. Wenn der Einbezug der Schulsozialarbeit nicht geschehen ist, soll diese über die Einschaltung der Bezirkssozialarbeit informiert werden.

misierte Fallbesprechung mit dem Sozialbürgerhaus und den Schulärztinnen vereinbart werden. Dieser Vereinbarung ist ein Merkblatt mit gewichtigen Anhaltspunkten zur Erkennung der Gefährdung des Kindeswohles beigelegt.

Wird die Bezirkssozialarbeit einschaltet, sind in der Regel die Eltern⁵ und gegebenenfalls die Schülerin/der Schüler durch die Schule über diesen Schritt zu informieren. Ein „runder Tisch“ an der Schule mit Schulsozialarbeit und Bezirkssozialarbeit und allen anderen Kooperationspartnern wird – parallel zu den im jeweiligen Einzelfall durch die Schule und die Bezirkssozialarbeit gegebenenfalls sofort zu treffenden Maßnahmen – zur Klärung der Situation und Festlegung von Handlungsschritten einberufen.

Wenn die Eltern nicht von Beginn an eingebunden waren, nimmt die Bezirkssozialarbeit nach Einschaltung durch die Schule in der Regel durch einen Hausbesuch Kontakt zu den Eltern auf und klärt insbesondere ab, ob tatsächlich eine Kindeswohlgefährdung vorliegt bzw. ob die Eltern und der Schüler/die Schülerin bereit sind, eine Unterstützung der Jugendhilfe anzunehmen.

Für die Überwachung der Schulpflicht ist die Schule verantwortlich, für Maßnahmen der Jugendhilfe das Sozialbürgerhaus/die Bezirkssozialarbeit. In jedem Fall sollte festgehalten werden, ob bzw. zu welchem Sachverhalten ein weiterer Informationsaustausch erforderlich ist bzw. ob eine weitere Zusammenarbeit angezeigt erscheint. Grundsätzlich sollte eine Rückmeldung der Bezirkssozialarbeit erfolgen, ob eine Kontaktaufnahme gelungen ist. Für die Jugendhilfe ist für eine Informationsweitergabe die Einwilligung der Betroffenen erforderlich, es sei denn es besteht eine akute Kindeswohlgefährdung.

Es besteht in diesen Fällen ein dringender Handlungsbedarf. Wenn die Eltern durch Einladungen zu Gesprächen nicht erreicht werden, ist ein Hausbesuch durch die Bezirkssozialarbeit ggf. mit der Schule, Schulsozialarbeit vorzunehmen. Die Bezirkssozialarbeit versucht die Situation zu Hause zu analysieren und bietet weitergehende Hilfsangebote an. Es wird verbindlich zwischen Schule und Jugendhilfe geregelt, wer welche Verantwortung hat.

Ziel ist, dass die zugrunde liegenden Probleme/Erkrankungen erkannt werden, ein regelmäßiger Schulbesuch wieder ermöglicht wird und Voraussetzungen geschaffen werden, die der Schülerin/dem Schüler ermöglichen, einen positiven Weg in die Zukunft einzuschlagen.

4. Einleitung von Bußgeldverfahren:

Gemäß Art. 119 BayEUG kann unter anderem mit Geldbuße belegt werden, wer als Erziehungsberechtigte bzw. Erziehungsberechtigter entgegen Art. 76 Satz 1 BayEUG nicht dafür sorgt, dass minderjährige Schulpflichtige am Unterricht regelmäßig teilnehmen und die sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen besuchen. Der Bußgeldbescheid kann sich auch gegen Schulpflichtige richten, wenn sie zum Zeitpunkt der Schulversäumnisse bereits 14 Jahre alt und damit strafmündig sind.

Die Schulleitung entscheidet unter Ausübung ihres pädagogischen Ermessens, ob eine Anzeige an die Bußgeldstelle des Schul- und Kultusreferates gestellt wird.

Das Bußgeldverfahren beginnt mit der Anhörung der Erziehungsberechtigten oder der Schulpflichtigen durch die Schule.

Die Bußgeldstelle beim Schul- und Kultusreferat prüft die Anzeige. Dazu sind die Angaben der Pädagoginnen und Pädagogen zu den bereits von der Schule veranlassten pädagogischen und sozialpädagogischen Maßnahmen unbedingt erforderlich. Bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen erlässt die Bußgeldstelle einen Bußgeldbescheid.

Die Schule erhält einen Abdruck des Bußgeldbescheids und entscheidet in eigener Zuständigkeit, ob der Bußgeldbescheid an die Bezirkssozialarbeit aufgrund eines Unterstützungsbedarfs weitergegeben wird.

In diesem Fall fügt die Schule dem Bescheid Folgendes bei:

- den Grund für den Bußgeldbescheid
- eine kurze Information zum bisherigen Verlauf (= was ist schon von Schulseite getan worden, bzw. wo sieht die Schule Handlungsbedarf)
- Ansprechpartner und Telefonnummer der Schule

⁵ Nur in Fällen der Kindeswohlgefährdung ist die Informationsweitergabe ohne (vorherige) Einwilligung der Eltern möglich, vgl. Art. 31 BayEUG und SGB VIII § 65 Abs.1 Nr.2. In Zweifelsfällen setzen Sie sich bitte bei Grund- und Hauptschulen mit der Rechtlichen Leitung des Staatlichen Schulamts bzw. bei Förderschulen mit der Rechtsabteilung der Regierung von Oberbayern in Verbindung. Zusätzlich beraten die zuständigen Sozialbürgerhäuser und die Abteilung zentrale Wohnungslosenhilfe.

5. Zusammenfassung:

Es wird den Münchner Grund-, Haupt- und Förderschulen empfohlen, diese Vereinbarung zu beachten. Schule, Gesundheitsbereich und Jugendhilfe sind dazu aufgefordert, schnell und konsequent zu agieren.

Wichtig sind beim gemeinsamen Vorgehen gute und detaillierte Absprachen, schriftliche Information und Dokumentation sowie ein kontinuierlicher Informationsaustausch aller Beteiligten im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten.

Diese Vereinbarung wurde von Vertreterinnen und Vertretern der Regierung von Oberbayern, des Staatlichen Schulamtes in der Landeshauptstadt München, der Leitung der Bezirkssozialarbeit und der Sozialbürgerhäuser Soziales, des Stadtjugendamtes, des Amtes für Wohnen und Migration, des Referates für Gesundheit und Umwelt und des Schul- und Kultusreferates erarbeitet.

Unterschriften

Staatliches Schulamt
in der Landeshauptstadt
München/Fachliche Leitung



Georgine Müller

Sozialreferat
Stadtjugendamt
Leitung



Dr. Maria Kurz Adam

Sozialreferat
Leitung der Bezirkssozialarbeit und
der Sozialbürgerhäuser/Soziales



Ursula Hügenell

Schul- und Kultusreferat
Rechtsabteilung
Staatliches Schulamt in der
Landeshauptstadt München/
Rechtliche Leitung



Hedwig Schwager

Regierung von Oberbayern
Schulreferentin in der
Landeshauptstadt München
für Förderschulen



Eva Windolf

Referat für Gesundheit und Umwelt
Co-Leitung der Abteilung
Gesundheitsvorsorge



Andrea Mager Tschira

Sozialreferat
Amt für Wohnen und Migration
Leitung



Ferdinand Rotzinger



Regionale
Zuständigkeiten der
Sozialbürgerhäuser



01 SBH Pasing (Stadtbezirke 21, 22, 23)

(Pasing, Obermenzing, Aubing, Lochhausen, Langwied, Allach, Untermenzing)

Landsberger Straße 486
81241 München

Soziales

Telefon 233 - 46400

Telefax 233 - 37200 o. 233 - 37351

sbh-pasing.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 233 - 46400

Telefax 233 - 37200 o. 233 - 37351

arge-stadt-muenchen.pasing@arge-sgb2.de

02 SBH Neuhausen-Moosach (Stadtbezirke 9,10)

(Neuhausen, Nymphenburg, Moosach)

Ehrenbreitsteiner Straße 24
80993 München

Soziales

Telefon 233 - 46100

Telefax 233 - 46180

sbh-nm.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 233 - 46100

Telefax 143451 - 120

arge-stadt-muenchen.

neuhausen-moosach@arge-sgb2.de

03 SBH Feldmoching-Hasenberg (Stadtbezirk 24)

(Feldmoching, Hasenberg)
Knorrstraße 101-103
80807 München

Soziales

Telefon 233 - 41100
Telefax 233 - 41125
sbh-fh.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 233 - 41100
Telefax 233 - 41125
arge-stadt-muenchen.
feldmoching-hasenberggl@arge-sgb2.de

04 SBH Milbertshofen-Am Hart (Stadtbezirk 11)

(Milbertshofen, Am Hart)
Knorrstraße 101-103
80807 München

Soziales

Telefon 233 - 41270
Telefax 233 - 41377
sbh-mh.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 358934 - 400
Telefax 358934 - 490
arge-stadt-muenchen.
milbertshofen-am-hart@arge-sgb2.de

05 SBH Schwabing-Freimann (Stadtbezirke 4, 12)

(Schwabing-West, Schwabing-
Freimann)
Tanusstraße 29
80807 München

Soziales

Telefon 233 - 33199
Telefax 233 - 33015
sbh-sf.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 35831 - 200
Telefax 35831 - 120
arge-stadt-muenchen.
schwabing-freimann@arge-sgb2.de

06 SBH Orleansplatz (Stadtbezirke 5, 13)

(Au, Haidhausen, Bogenhausen)
Orleansplatz 11
81667 München

Soziales

Telefon 233 - 48000
Telefax 233 - 48012
sbh-ori.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 679 72 - 0
Telefax 679 72 - 120
arge-stadt-muenchen.orleansplatz@arge-sgb2.de

07 SBH Berg am Laim-Trudering-Riem (Stadtbezirke 14,15)

(Berg am Laim, Trudering, Riem)
Streitfeldstraße 23
81673 München

Soziales

Telefon 233 - 33300
Telefax 233 - 33555 o. 233 - 33550
sbh-btr.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 456 70 - 420
Telefax 456 70 - 121
arge-stadt-muenchen.btr@arge-sgb2.de

08 SBH Laim-Schwanthalerhöhe (Stadtbezirke 8, 25)

(Schwanthalerhöhe, Laim)
Dillwächterstraße 7
80686 München

Soziales

Telefon 233 - 42900
Telefax 233 - 42909
sbh-ls.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 579 58 - 200
Telefax 579 58 - 120
arge-stadt-muenchen.
laim-schwanthalerhoehe@arge-sgb2.de

09 SBH Sendling (Stadtbezirke 6, 7)

(Sendling, Sendling-Westpark)
Meindlstraße 20
81373 München

Soziales

Telefon 233 - 33604
Telefax 233 - 33623
sbh-sw.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 724 98 - 200
Telefax 724 98 - 120
arge-stadt-muenchen.
sendling-westpark@arge-sgb2.de

10 SBH Mitte (Stadtbezirke 1, 2, 3)

(Altstadt, Lehel, Ludwigsvorstadt,
Isarvorstadt,
Maxvorstadt)
Schwanthalerstraße 62
80336 München

Soziales

Telefon 233 - 46600
Telefax 233 - 46752
sbh-mitte.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 233 - 46600
Telefax 59 99 5120
arge-stadt-muenchen.mitte@arge-sgb2.de

11 SBH Plinganserstraße (Stadtbezirke 19, 20)

(Thalkirchen, Obersendling,
Fürstenried, Forstenried, Solln,
Hadern)
Plinganserstraße 150
81369 München

Soziales

Telefon 233 - 34800
Telefax 233 - 34812
sbh-pli.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 233 - 34750, 233 - 34800
Telefax 748 99120
arge-stadt-muenchen.
plinganserstrasse@arge-sgb2.de

12 SBH Giesing-Harlaching (Stadtbezirke 17, 18)

(Obergiesing, Untergiesing,
Harlaching)
Streitfeldstraße 23
81673 München

Soziales

Telefon 233 - 33298
Telefax 233 - 33432
sbh-gh.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 456 70 - 200
Telefax 456 70 - 120
arge-stadt-muenchen.
streitfeldstrasse@arge-sgb2.de

13 SBH Ramersdorf-Perlach (Stadtbezirk 16)

(Ramersdorf, Perlach)
Thomas-Dehler-Straße 16
81737 München

Soziales

Telefon 233 - 35398
Telefax 233 - 35331
sbh-rp.soz@muenchen.de

Arbeit

Telefon 233 - 35299
Telefax 233 - 35221
arge-stadt-muenchen.
ramersdorf-perlach@arge-sgb2.de

ZEW Zentrale Wohnungslosenhilfe im Amt für Wohnen und Migration

Franziskanerstraße 8
81669 München
Telefon 233 - 40105
Telefax 233 - 40693
wohnungsamt.soz@muenchen.de
arge-stadt-muenchen.zew@arge-sgb2.de

| Hinweise zur Wahrnehmung und Beurteilung gewichtiger Anhaltspunkte für eine Kindeswohlgefährdung im Sinne des § 8a SGB VIII

Basierend auf dem „ASD Internethandbuch“ des DJI (cgi.dji.de/cgi-bin/projekte/outputphp?projekt=146) wurde nachfolgende Zusammenstellung gefährdungsrelevanter Kriterien erstellt. Sie kann als Strukturierungshilfe bei der Informationsgewinnung und Gefährdungseinschätzung dienen und flexibel für unterschiedliche Fallkonstellationen genutzt werden.

Anhaltspunkte beim Kind oder Jugendlichen⁶

Ausgangspunkt für die Einschätzung einer möglichen Gefährdung eines Kindes bilden zum Einen die Vergegenwärtigung der individuellen, altersabhängigen kindlichen Bedürfnisse. Zum Anderen zeitweilige oder dauerhafte Belastungen und Risikofaktoren für einzelne Familienmitglieder und/oder die gesamte Familie.

1. Zentrale kindliche Bedürfnisse lassen sich differenzieren:

- **Bedürfnis nach Existenz**
dazu gehören: physiologische Bedürfnisse wie regelmäßige und ausreichende Ernährung, Körperpflege und angemessener Wach- und Ruherhythmus, Schutz vor schädlichen äußeren Einflüssen (z. B. Witterung), Gefahren (z. B. Straßenverkehr) und Krankheiten, Unterlassen von Gewalt und anderen physisch, psychisch oder sexuell verletzenden Verhaltensweisen bzw. der Schutz davor.
- **Bedürfnis nach sozialer Bindung, Verbundenheit und Wachstum**
dazu gehören: kognitive, emotionale, ethische und soziale Anregungen und Erfahrungen, Sprachanregung, Spiel, Explorations- und Leistungsverhalten, Teilhabe an ausgewählten Aktivitäten der Erwachsenen, Bewältigung altersabhängiger Aufgaben sowie die Anerkennung dafür, Vermittlung von Werten, Normen und Verhaltensgrenzen.

2. Zeitweilige und dauerhafte Belastungen und Risikofaktoren umfassen:

- **Generelle Belastungen für Familien**
dazu gehören: Arbeitslosigkeit; beengte Wohnverhältnisse; Mangel an materiellen, kulturellen und sozialen Ressourcen; Alleinerziehendenstatus sowie eine sehr

ausgeprägte ökonomische Unterversorgung erhöht deutlich das Vernachlässigungsrisiko.

- **Spezifische Risikofaktoren**

entstanden aus den Eigenheiten von Kindern und der Reaktion der Eltern (aggressive Überforderung und/oder Rückzug) auf die dadurch erhöhten Erziehungs- und Fürsorgeanforderungen des Kindes

Anhaltspunkte in Familie und Lebensumfeld⁶

Es ist zu klären, mit welchen Handlungen, Verhaltensweisen oder Unterlassungen Eltern oder andere Personen ein Kind ggf. psychisch, physisch oder sexuell verletzen oder schädigen (§ 1666 Abs. 1 BGB). Dazu gehören:

Missbräuchliche Ausübung der elterlichen Sorge,

z. B. bewusste Schädigung des Kindes, mangelnde Berücksichtigung von Kindesinteressen, körperliche und psychische Misshandlung, sexueller Missbrauch, Verweigerung einer erforderlichen ärztlichen Behandlung, gefährdender Erziehungsstil, mangelnder elterlicher Beistand bei Entwicklungsschwierigkeiten.

Vernachlässigung des Kindes,

z. B. erzieherische (etwa Mangel an Gespräch, Spiel und anregenden Erfahrungen), emotionale (etwa Mangel an Wärme, fehlende Reaktion auf emotionale Signale des Kindes) oder körperliche (unzureichende Versorgung mit Nahrung, Kleidung, Hygiene) Vernachlässigung.

Unverschuldetes Versagen der Eltern,

z. B. fehlende Erziehungskompetenzen (wie altersunangemessene Erwartungen an Fähigkeiten und Selbstständigkeit eines Kindes; eingeschränktes Einfühlungsvermögen; überdurchschnittliche Gefühle der Belastung durch das Kind; überdurchschnittliche

⁶ Bezug ASD Internethandbuch DJI: Artikel Nummer 73, „Welche Aspekte können insgesamt bei der Einschätzung von Gefährdungsfällen bedeutsam sein“ (Susanna Lillig)

ausgeprägte Gefühle der Hilflosigkeit in der Erziehung; feindselige Erklärungsmuster für Problemverhaltensweisen des Kindes etc.) aufgrund Suchterkrankungen, psychischen Störungen, mangelnde Feinfühligkeit hinsichtlich kindlicher Bedürfnisse, intellektuellen Einschränkungen oder bestimmte religiös oder weltanschaulich geprägte Erziehungspraktiken.

Anhaltspunkte zur Mitwirkungsbereitschaft und -fähigkeit⁷

Eine Reihe von Punkten können zur Einschätzung der elterlichen Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit herangezogen und zu einem Gesamtbild zusammengefasst werden:

Zufriedenheit der Eltern mit der gegenwärtigen Situation, z. B.:

Wahrnehmung der Lebenssituation der Familie, insbesondere der der Kinder. Einsicht (eingeschränkt oder nicht vorhanden) für Gefahren und Belastungen.

Haltung gegenüber belegbaren Kindeswohlgefährdungen, z. B.:

Eine Verantwortung verleugnende und/oder bagatellisierende Haltung von Eltern gegenüber belegbaren Kindeswohlgefährdungen in der Vorgeschichte.

Selbstvertrauen und realistische Hoffnung auf Veränderung, z. B.:

Realistische Einschätzung und Selbstvertrauen der Eltern über erreichbare Zukunftsperspektiven sowie über in der Vergangenheit erreichte Ziele, beobachtbare Stimmungen dazu.

Geschichte der Inanspruchnahme und Wirkung von Hilfe, z. B.:

Die Geschichte der möglicherweise bereits stattgefundenen Hilfeprozesse; die Geschichte der familiären Mitarbeit bei früheren Hilfen; unzureichende Wirkung früherer, prinzipiell geeigneter Hilfen etc. muss in die Beurteilung einbezogen werden.

Subjektive Normen zur Hilfesuche, z. B.:

- wenn Eltern ihre Privatsphäre sehr stark betonen
- wenn Autoritäten oder Glaubenssätze vorhanden sind, die nicht infrage gestellt werden dürfen
- wenn die Eltern von einer Nutzlosigkeit der angebotenen Hilfen überzeugt sind

Die Einschätzung eines evtl. vorhandenen Risikos anhand der genannten Anhaltspunkte zum Wohl eines Kindes, zum Verhalten der (sorgeberechtigten) Eltern und deren Kooperationsbereitschaft bzw. Fähigkeit führt zur Beantwortung folgender grundsätzlicher Fragen⁸.

Gewährleistung des Kindeswohls:

Ist das Wohl des Kindes durch den Sorgeberechtigten gewährleistet oder ist dies nur zum Teil oder überhaupt nicht der Fall?

Problemakzeptanz:

Sehen die Sorgeberechtigten und die Kinder selbst ein Problem oder ist dies weniger oder gar nicht der Fall?

Problemkongruenz:

Stimmen die Sorgeberechtigten und die beteiligten Fachkräfte in der Problemkonstruktion überein oder ist dies weniger oder gar nicht der Fall?

Hilfeakzeptanz:

Sind die betroffenen Sorgeberechtigten und Kinder bereit, die Ihnen gemachten Hilfeangebote anzunehmen und zu nutzen oder ist dies nur zum Teil oder überhaupt nicht der Fall?

Neben den Risikofaktoren sollen auch vorhandene Ressourcen und Schutzfaktoren des Kindes und seiner Familie angemessen berücksichtigt werden. Die Gesamtbeurteilung einer Gefährdungssituation kann je nach Fallverlauf, Hilfeprozess, individuellen oder familiären Zuspitzungen zu verschiedenen Zeitpunkten erneut notwendig sein.

⁷ Bezug ASD Internethandbuch DJI: Artikel Nummer 72 „Wie kann Veränderungsbereitschaft und -fähigkeit von Eltern eingeschätzt werden?“ (Heinz Kindler)

⁸ Strafrechtliche Relevanz sozialarbeiterischen Handelns; Deutscher Städtetag; April 2003; Seite 5 ff

| Auffälligkeiten bei Schulkindern und Jugendlichen, die auf eine Erkrankung, Sucht oder Vernachlässigung/Misshandlung hinweisen können

<p>Aufmerksamkeitsstörung/Konzentrationsstörung</p>	<p>ADHS (Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitäts-Störung), psychosoziale Störung, Suchterkrankung (Alkohol, sonst. Drogen, Computer), Beginn einer (degenerativen) Hirnerkrankung, Epilepsie (Absencen- Epilepsie mit kurzen „Aussetzern“), Depression</p>
<p>Blässe, Müdigkeit</p>	<p>Blutarmut (Anämie), Fehlernährung (z. B. vegansiche Ernährung), Schlafmangel, Drogenkonsum</p>
<p>Deutlicher genereller Leistungsabfall</p>	<p>Psychosoziale Störung, Suchterkrankung (Alkohol, sonst. Drogen, Computer), Beginn einer (degenerativen) Hirnerkrankung, psychische Erkrankung, z. B. Depression</p>
<p>Eingeschränkte Belastung im Sport</p>	<p>Erkrankung der Atemwege (chronische Bronchitis, Asthma) Blutarmut, Schilddrüsenunterfunktion, Fehlernährung (fehlendes Frühstück, Unterzuckerung), niedriger Blutdruck mit Kreislaufproblemen, chronische Erkrankung, Muskelerkrankung</p>
<p>Einnässen/Einkoten</p>	<p>Massive psychosoziale, familiäre Probleme, auch Vernachlässigung, Missbrauch, emotionale Misshandlung</p>
<p>Extreme Gewichtszunahme</p>	<p>Abnormes Essverhalten, Bewegungsmangel, psychosoziale Schwierigkeiten, Depression</p>
<p>Extreme Gewichtsabnahme</p>	<p>Essstörung, Magersucht, schwere chronische Erkrankung, Depression, psychosoziale Schwierigkeiten</p>
<p>Große Pupillen bei hellem Licht</p>	<p>Akute Drogenwirkung (Cannabis), Tropfen bei Untersuchung durch Augenarzt/-ärztin. (Achtung: bei Heroinmissbrauch extrem enge Pupillen)</p>

Häufige
Kopfschmerzen

Migräne, psychosomatische Störung, Sehstörung

Häufige
Bauchschmerzen

Psychosomatische Störung, chronische Darmerkrankung (verbunden mit Durchfällen), chronische Harnwegsentzündung (häufiger Toilettengang), auch an sexuellen Missbrauch denken, Verstopfung durch Fehlernährung

Häufige
Hautinfektionen

Verwahrlosung, Ausnahme: angeborene Abwehrschwäche

Körperliche
Verwahrlosung

Chronische Suchterkrankung, schwere Depression, massive psychosoziale Schwierigkeiten, Vernachlässigung

Kollaps,
Bewußtlosigkeit

Kreislaufprobleme (zu niedriger Blutdruck), Epilepsie, Unter- oder Überzuckerung (Hypoglykämie, meist nur bei diabetischen Kindern und Jugendlichen), Intoxikation (Alkohol, andere Drogen), Hyperventilation (extremes Ein- und Ausatmen) in Stresssituationen begleitet von Verkrampfungen der Hände und Füße, sog. Pfötchenstellung)

Rückzug, Introvertiertheit, ausgeprägte Schüchternkeit

Psychosoziale und familiäre Schwierigkeiten, Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch, Depression

Schwindel, Übelkeit


Fehlernährung (fehlendes Frühstück, Unterzuckerung), niedriger oder erhöhter Blutdruck mit Kreislaufproblemen, erhöhter Blutalkoholgehalt, andere Drogen

Selbstverletzungen (Schnitte, Stiche, Haut, Nägel)	Psychosoziale und familiäre Schwierigkeiten, psychische Störungen
Überangepasstes Verhalten	Verdacht auf Misshandlung oder Missbrauch
Übertriebene Ängste	Angsterkrankung, Überforderung, psychosoziale Schwierigkeiten, Schulangst
Unruhe, Schwitzen, Zittrigkeit	Entzugssyptome bei Suchterkrankung, Über- oder Unterzuckerung bei Diabetikern, Schilddrüsenüberfunktion
Verlangsamung, Denk- störung	Chronischer Alkohol oder Drogenkonsum, Beginn einer (degenerativen) Hirnerkrankung, Epilepsie (Absencen-Epilepsie mit kurzen „Aussetzern“), psychiatrische Erkrankung
Wiederholte Krätze, Läuse	Verwahrlosung, mangelnde Hygiene und unzureichende medizinische Behandlung

Dr. Heidi Mayrhofer

Fachärztin für Kinder- und Jugendmedizin

Sachgebietsleitung Gesundheitsvorsorge für Kinder- und Jugendliche



Zusammenarbeit
des PP München mit
Schulen hinsichtlich
von Schulversäum-
nissen

1. Polizeiliche Maßnahmen im Vorfeld des Schulzwanges

Seit Beginn der Schulschwänzerinitiative (1. Schulhalbjahr 2000/2001) bis zum Ende des 2. Schulhalbjahres 2007/2008 wurden beim Polizeipräsidium München insgesamt 2.645 Schulschwänzerfälle polizeilich bekannt.

Hierbei handelt es sich um Aufgriffe von Polizeibeamten anlässlich von Kontrollen und Schwerpunkteinsätzen sowie um Unterstützung von Schulen.

Schulpflichtige, die dem Schulunterricht vorsätzlich fernbleiben, werden im Regelfall gem. Art 17 Abs. 2 PAG von der Polizei in Gewahrsam genommen und primär den Sorge- bzw. Erziehungsberechtigten oder der Schule zugeführt.

Vor der Überstellung zur Schule wird mit dieser Verbindung aufgenommen sowie der/die Sorgeberechtigte/n, insbesondere im Hinblick auf die präventive Wirkung einer polizeilichen Schulzuführung, baldmöglichst informiert.

In Fällen der Unterstützung von Schulen verfolgt die Polizei das Ziel eine eventuell vorliegende Gefährdung des fehlenden Schülers zu verhindern. Dies ist beispielsweise dann der Fall, wenn ein bislang zuverlässiger Schüler unentschuldig dem Unterricht fern bleibt und die Schule selbst keine geeigneten Maßnahmen zur Klärung des Sachverhalts (z. B. Kontaktaufnahme und Nachfrage bei den Eltern) einleiten kann bzw. diese bereits erfolglos ausgeschöpft wurden.

2. Polizeiliche Unterstützung im Rahmen des Schulzwanges

Insbesondere bei notorischen Schulschwänzern kann die Schule bei der Kreisverwaltungsbehörde gem. Art. 118 Abs. 1 BayEUG die Durchführung des Schulzwanges beantragen und den Schüler durch ihre Beauftragten (Offizianten) zwangsweise der Schule zuführen.

Die vorgenannten Beauftragten sind dazu befugt Wohnungen, Geschäftsräume und befriedetes Besitztum zu betreten und unmittelbaren Zwang auszuüben (Art. 118 Abs. 2 BayEUG). Soweit erforderlich, leistet die Polizei bei der Durchführung des Schulzwanges Vollzugshilfe gem. Art. 50 PAG.

3. Information der Kinder-/Jugendhilfe

Bei bekannt werden bzw. Erkennen einer möglichen Gefährdung (familiäre Problemlagen u.a.) informiert die Polizei (neben der Schule) die Kinder-/Jugendhilfe bzw. Bezirkssozialarbeit. Darunter fallen auch Fälle des unberechtigten Fernbleibens vom Schulunterricht.

4. Zusammenarbeit der Jugendbeamten mit der Jugendhilfe

In München gibt es zusätzlich eine gute Zusammenarbeit von Polizei und Jugendhilfe durch die Jugendbeamten der Polizei. Diese sind im häufigen Kontakt mit der Schulsozialarbeit und unterstützen diese bei der Arbeit mit häufig die Schule schwänzenden Schülerinnen und Schülern..



Projekt
2. Chance

„Schulverweigerung – Die 2. Chance“ ist ein ESF-Programm, das im Auftrag der Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend durchgeführt wird. Es ist Teil der Initiative „Jugend stärken“ und hat eine Förderdauer von September 2008 bis 31. August 2011.

Ziele:

Ziel dieses Projektes ist insgesamt die Senkung der Rate der Schulabgänger ohne Schulabschluss. Ein großer Teil der Schulabgänger ohne Abschluss sind Jugendliche, die den Besuch der Schule entweder passiv oder aktiv verweigern. In der 2. Chance sollen Jugendliche, die eine schulverweigernde Haltung einnehmen und dadurch ihren Schulabschluss gefährden, in das Regelschulsystem reintegriert werden. Die verweigernde Haltung kann sich in aktiver (unentschuldigtes Fehlen, häufige Fehlzeiten) oder auch in passiver Form (dauernde Unaufmerksamkeit, fortwährendes Träumen usw.) äußern. Je früher auf Auffälligkeiten reagiert wird, desto besser gelingt die Reintegration in die Schule und desto weniger Schulstoff wird versäumt, der für das Erreichen des Hauptschulabschlusses notwendig ist.

Vorgehen:

Das Problem der Schulverweigerung ist meist sehr vielschichtig, weshalb es wichtig ist, alle involvierten Personen in den Prozess der Reintegration einzubinden. Deshalb wird jeder zugewiesene Schüler der 2. Chance von einem „Casemanager“ begleitet. In der Praxis bedeutet dies, dass ein Sozialpädagoge zu dem Jugendlichen Kontakt aufnimmt, gleichzeitig aber auch zu allen andern beteiligten Personen, die in das „System“ des Jugendlichen eingebunden sind. Dies sind die Eltern, Vormund, Lehrer, Schulsozialarbeiter, Bezirkssozialarbeiter, Mitarbeiter der ARGE usw. Das Angebot der Casemanager an die Jugendlichen ist sehr vielfältig und für die Beteiligten transparent. Es reicht von Nachhilfe und Hausaufgabenbetreuung, über Sport- und Freizeitangebote bis hin zur Begleitung zu Terminen, zur Schule oder anderen Einrichtungen. Auch berufliche Orientierung, Vermittlung in Praktika oder berufsvorbereitende Aktivitäten gehören zu dem Angebot der Casemanager genau wie die Einleitung eines Schulwechsels, falls dieser notwendig sein sollte.

Soziale Netzwerke und Projekte im Umfeld des Jugendlichen, die bereits existieren, wer-

den genutzt und der Jugendliche in diese integriert. Mit jedem betreuten Schüler wird individuell ein Förderplan erstellt, mit dem Ziel, eine Reintegration in das reguläre Schulsystem zu erreichen, dem Schüler den Hauptschulabschluss zu ermöglichen und damit den Übergang Schule – Ausbildung zu erleichtern.

Zielgruppe und Kontaktaufnahme:

Zielgruppe sind Schüler, die eine Hauptschule, Förderschule oder andere Schule, an der der Erwerb des Hauptschulabschlusses möglich ist besuchen und bei der Aufnahme in das Projekt mindestens 12 Jahre sind. Der erfolgreiche Schulbesuch muss durch aktive oder passive Verweigerung sichtbar gefährdet sein.

Die Kontaktaufnahme mit den Casemanagern oder der Koordinierungsstelle der 2. Chance kann über die Lehrer, die Bezirkssozialarbeit, die Schulsozialarbeit, die Eltern oder jedem anderen, der in Kontakt mit den Jugendlichen steht und Auffälligkeiten bemerkt, erfolgen.

Das Team der 2. Chance unterliegt der Schweigepflicht und ist im gesamten Raum München verteilt. Die Unterstützungsdauer beträgt ein Jahr, kann gegebenenfalls aber auch verlängert werden. Ein Einstieg ist jederzeit möglich.

In einer Steuerungsrunde treffen sich regelmäßig das Jugendamt, das Staatliche Schulamt, die ARGE, die Bezirkssozialarbeit und die Träger der 2. Chance, um eine optimale Unterstützung des Projektes zu gewährleisten.

Projekträger der 2. Chance sind der ETC e.V. (Koordinierungsstelle und verantwortlicher Träger), die Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi) und das Adelgundenheim der katholischen Jugendfürsorge. Zentral kann Kontakt über die Koordinierungsstelle aufgenommen werden.

ETC e.V.

Sonnenstraße 12

80331 München

Telefon: 089 - 54 91 77 - 58

